

**D' WORT**  
**Extrait de l'édition du 19 octobre 2006**

## **Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrats zur Immigration**

### **Eine Nation von Einwanderern**

#### **Luxemburg bleibt auf Zuwanderung angewiesen**

VON LAURENT ZEIMET

Luxemburg und seine Wirtschaft bleiben auch in Zukunft auf Einwanderer angewiesen. Zu diesem Schluss gelangt der Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) in seinem Gutachten, das er auf Anfrage der Regierung erstellte. Der WSR unterbreitet eine Reihe von Vorschlägen zur Reform des Immigrationsgesetzes von 1972.

Der delegierte Außenminister Nicolas Schmit (LSAP) arbeitet zurzeit an einer Reform des Immigrationsgesetzes von 1972. Im Sommer ging er noch davon aus, dass der Entwurf bis zum Ende des Jahres vorliegen könne. Nun ist Schmit noch vorsichtiger. Es dürfte wohl noch bis zum Frühjahr 2007 dauern ehe die Vorlage auf Krautmarkt hinterlegt werden kann.

Schmit hatte den Wirtschafts- und Sozialrat gebeten, sich Gedanken über die Einwanderung zu machen und Anregungen für „eine der großen Baustellen dieser Legislaturperiode“ zu liefern. Gestern stellte der Wirtschafts- und Sozialrat sein Gutachten zur Immigration vor. Die Zahlen dürften inzwischen bekannt sein. Rund 40 Prozent der Bevölkerung des Großherzogtums sind Ausländer. 85 Prozent der Nicht-Luxemburger stammen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das Statec geht davon aus, dass der Anteil der Ausländer zwischen 2020 und 2030 den Anteil der einheimischen Bevölkerung übersteigen wird. Neben den eigentlichen Einwanderern kommen jeden Tag 127 000 Grenzpendler nach Luxemburg zur Arbeit. Die Tendenz auch hier weiterhin steigend, obwohl die Politik sich im Rahmen des Integrativen Verkehrs- und Landesentwicklungskonzepts (IVL) für das sogenannte Einwohnerzenario entschieden hat: Die Grenzpendler sollen in Luxemburg sesshaft werden. 2004 wurden drei Viertel der neugeschaffenen Arbeitsstellen von Grenzgängern besetzt.

Laut WSR ist es illusorisch zu glauben, der Luxemburger Arbeitsmarkt könne bis in alle Ewigkeit neue Arbeitskräfte aus den Grenzregionen sowie den ost- und südeuropäischen Staaten anziehen. Diese europäischen Migrationsströme würden früher oder später zurückgehen und dann langsam verebben. Langfristig müsse Luxemburg sich darauf einstellen, zunehmend nicht-europäische Einwanderer aufzunehmen. Diese zu erwartende neue Generation an Immigranten werde die Integration und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft schwieriger gestalten, so das WSR-Gutachten.

#### **Reformvorschläge**

Ohne Zweifel bleibe der Wirtschaftsstandort Luxemburg jedoch auch in Zukunft auf den Zustrom neuer Arbeitskräfte angewiesen. „Die Bedeutung der Immigration muss man immer wieder in Erinnerung rufen“, so Nicolas Schmit.

Der WSR unterbreitet eine Reihe von Vorschlägen zur Reform des Einwanderungsgesetzes von 1972.

So solle das Verfahren zur Erteilung einer Arbeitsgenehmigung vereinfacht, erleichtert und beschleunigt werden. Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung sollen in Zukunft durch einen einzigen Schein erteilt werden. Auch soll das schwerfällige System der verschiedenen Klassen an Arbeitsgenehmigungen fallen gelassen werden. Man solle lediglich zwischen einer begrenzten und einer definitiven Arbeitsgenehmigung unterscheiden. Der Arbeitnehmer solle die Verlängerung seiner Arbeitserlaubnis auch selbst beantragen können, fordert der WSR weiter.

Einfache und schnelle Verfahren seien für Freiberufler und Manager nötig. Das Niederlassungsrecht für Unternehmen müsse flexibler gestaltet werden, um potenzielle Investoren nicht von vorneherein abzuschrecken. Spezielle und vereinfachte Einwanderungsbestimmungen kann sich der WSR für Studenten und Auszubildende aus Drittstaaten vorstellen.

Generell spricht sich das Beratungsorgan für eine gezielte Immigration aus. Die Zuwanderung von Menschen mit nützlichen Fähigkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung und die ergänzend zu den Kompetenzen der Einheimischen wirken, soll bevorzugt werden. Zudem solle man darauf achten, Zuwanderung aus Ländern zu unterstützen, die dem Großherzogtum „kulturell nahe stehen“. Der WSR legt Wert auf die Feststellung, dass jede Immigrationspolitik von einer ehrgeizigen Integrationspolitik begleitet werden muss. Dazu gehöre nicht zuletzt die Schulpolitik. Für Nicolas Schmit kommt es entscheidend auf die Bildungspolitik an. „In den Schulen wird aus der Immigration Integration“, so das Regierungsmitglied. Der WSR bedauert, dass auf europäischer Ebene bislang wenig Fortschritte auf dem Weg zu einer gemeinsamen Immigrationspolitik erzielt werden konnten. Begrüßen tut man dagegen die vorgesehene Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und die sprachlichen Voraussetzungen, die an die Luxemburger Staatsbürgerschaft geknüpft werden.

## **Was uns im Innern zusammenhält**

Laurent zeimet Luxemburger sind in der Regel innerhalb von 20 Minuten Ausländer. So klein das Land, so nah die Nachbarn. Unser Wohlstand zieht nicht nur Menschen an, sondern der Wirtschaftsstandort ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Ohne Einwanderung, ohne Grenzgänger können wir unseren gewohnten Lebensstil nicht halten. Das muss man wissen. Dies bringt natürlich auch Probleme mit sich. Parallelgesellschaften braucht man nicht für die Zukunft zu befürchten. Sie existieren bereits heute. Was haben der EU-Beamte vom Kirchberg und der Gemeindearbeiter aus Petingen noch an Gemeinsamkeiten? Was verbindet den Fonds-Manager mit dem Staatsbeamten? Die Luxemburger Sprache kann als Bindeglied nicht ausreichen. Mal abgesehen davon, dass man in vielen Sparten der einheimischen Wirtschaft des Luxemburgischen nicht im Geringsten mächtig sein muss, weil man es schlicht im Alltag nicht braucht. Aus der Privatwirtschaft verabschieden sich die Luxemburger zunehmend. Nicht die Sprache, nicht nationale Symbole, nicht einmal die Geschichte verbinden die kleine Nation, sondern der Wille, wirtschaftlich zu prosperieren, unseren Reichtum zu vermehren. Der reine Selbsterhaltungstrieb ist aber nicht besonders edel. Steckt denn wirklich nicht mehr in uns allen? Haben wir keine höheren Ambitionen mehr? Dann wären wir doch ein armes Land.

## **Positives Element**

José Luis Zapatero, spanischer Premierminister

Die Zeit, 7.9.2006 Der Arbeitsmarkt legt fest, wie viele Einwanderer aufgenommen werden und das natürlich mit der größtmöglichen Legalität. Wir wissen, dass wir immer illegale

Zuwanderung haben werden. Das ist nicht zu verhindern. Aber bisher waren die Einwanderer ein positives Element für uns, demografisch und ökonomisch.